

**Bericht von der 56. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am 6. September 2018, 18 Uhr, im Festsaal des Stadtmuseums**

TAGESORDNUNG

Tagesordnungen, Niederschriften, Anträge, Vorlagen, Anfragen, Anlagen usw. zu den verschiedenen Topics finden Sie im [Fachkräfteportal des JugendInfoService](#) und im [Ratsinformationssystem](#).

öffentlicher Teil

1. Kontrolle der Niederschrift vom 27. Juni 2018
2. Informationen/Fragestunde
3. Vorstellung Kinder- und Jugendbüro gem. Beschluss A0334/17
4. Integriertes Stadtentwicklungskonzept „Zukunft Dresden 2025+“ – Fortschreibung 2017
5. Sicherstellung des Kindeswohls bei Abschiebungen
6. Einführung eines trägerübergreifenden Systems zur Anmeldung, Platzvergabe, Platzverwaltung und Beitragserhebung in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen in der Landeshauptstadt Dresden („E-Kita 2.0“)
7. Fortschreibung Fachplan Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für das Schuljahr 2018/2019
8. Förderung von Trägern der freien Jugendhilfe 2018 – Weiterführung des Projektes „Familienklassenzimmer“ an der 139. Grundschule
9. Schulsozialarbeit I
10. Aufnahme der Kindertageseinrichtung Hort an der 153. Grundschule, Fröbelstraße 1-3, 01159 Dresden in den Bedarfsplan Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege 2018/19 und Betreuung durch den Träger Arbeiter-Samariter-Bund Dresden & Kamenz gGmbH
11. Konzept Schulabsentismus
12. 1. Lesung durchgeführt am 16.08.2018
 - 12.1 Förderung einer Beratungsstelle für Eltern, deren Kinder Angebote der Kindertagesbetreuung wahrnehmen
 - 12.2 Vergabe Zuschüsse für bewegliche Sachen des Anlagevermögens und für bauliche Maßnahmen im Jahr 2018 an Träger der freien Jugendhilfe von Kindertageseinrichtungen
 - 12.3 Förderung von Trägern der freien Jugendhilfe – Bauliche Maßnahmen bzw. Erhaltungsmaßnahmen 2018
 - 12.4 Förderung von Trägern der freien Jugendhilfe 2018 – Straßenschule des Treberhilfe Dresden e. V.
 - 12.5 Kindertreff im Stadtraum 5 Pieschen – Kaditz, Mickten, Trachau
 - 12.6 Aufnahme der Kindertageseinrichtung Bischofsweg 28 HH in 01099 Dresden in den Bedarfsplan Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege 2018/2019 und Betreuung durch den freien Träger LebensBild gGmbH
 - 12.7 Jugendbeteiligung ernst nehmen – Umsetzung des neuen § 47a der SächsGemO
13. Berichte aus den Unterausschüssen

nicht öffentlicher Teil

14. Widerruflicher Vergleich zu den anhängigen Verwaltungsrechtssachen Kindervereinigung Dresden e. V. gegen Landeshauptstadt Dresden
15. Information

Jan Güldemann, stellvertretender Vorsitzender eröffnete die 56. Sitzung des Dresdner Jugendhilfeausschusses. Oberbürgermeister Dirk Hilbert übernahm nach einiger Zeit die Leitung. Die Sitzung war kurzfristig ins Stadtmuseum verlegt worden. Nachdem Jan Güldemann alle Anwesenden im Festsaal des Stadtmuseums begrüßt hatte, stellte er die form- und fristgerechte Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnungspunkte 9 und 12.7 wurden aufgrund noch ausstehender Beschlussempfehlungen aus den Unterausschüssen vertagt. Die Tagesordnung wurde mit diesen Änderungen einstimmig angenommen und die Niederschrift vom 27. Juni 2018 bestätigt.

In Vertretung des Jugendamtsleiters informierte Kevin Görden, dass die Information Nr. 10/2018 an den Jugendhilfeausschuss verschickt wurde. Sie beinhaltet folgende Themen:

- Auslastung Fonds
- Konzept Förderfonds
- Zeitschiene zu Beratungen zum Doppelhaushalt 2019/2020
- Willkommen bei Freunden – Bündnis für junge Geflüchtete
- JugendInfoService mit neuem Internetauftritt

Außerdem wies Kevin Görden darauf hin, dass die Bewerbungs- bzw. Vorschlagsfrist für den kriminalpräventiven Jugendhilfepreis EMIL am 28. September endet.

Ein anderes Ausschussmitglied bemängelte, dass die Vereinbarungen zwischen Schulverwaltungsamt und den Trägern der freien Jugendhilfe zur Schulsozialarbeit Paragrafen enthalten, die nicht umgesetzt werden können. Das Jugendamt wird dies prüfen.

Ein Ausschussmitglied informierte zu den Interkulturellen Tagen, die in diesem Jahr vom 15. September bis 6. Oktober stattfinden.

Außerdem fragte ein anderes Ausschussmitglied nach der Liste der aktuellen Widersprüche und Klagen und bat diese dem Jugendhilfeausschuss zur Verfügung zu stellen.

Zwei Mitarbeiter des Kinder- und Jugendbüros stellten in einer Power-Point-Präsentation ihre Arbeit vor und beantworteten Fragen dazu. Interessiert an einer Zusammenarbeit sind vor allem die 14- bis 27-jährigen Jugendlichen. Sie kommen jedoch nicht ins Kinder- und Jugendbüro, sondern werden bei Workshops angesprochen. Die Zusammenarbeit mit dem JugendBeratungsCenter und der Internetseite JugendInfoService wurde angeregt.

Die Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (INSEK) „Zukunft Dresden 2025+“ (V2177/18) war in der letzten Sitzung von einer Mitarbeiterin des Stadtplanungsamtes vorgestellt worden. Da es zu zahlreichen Fragen kam und eventuelle Widersprüche zu den im Jugendhilfeausschuss bereits beschlossenen Plänen geprüft werden sollten, wurde die Vorlage zunächst im Unterausschuss Planung beraten. Der Unterausschussbericht, einsehbar im Ratsinformationssystem (<http://ratsinfo.dresden.de>), wurde angenommen.

Zum Antrag Sicherstellung des Kindeswohls bei Abschiebungen (A0391/17) hatte bereits vor dem Sommer eine Anhörung von Experten und eine Diskussion, welche Möglichkeiten das Jugendamt überhaupt hat, stattgefunden. Nachdem Oberbürgermeister Dirk Hilbert in der letzten Sitzung bekannt gab, dass eine Datenübermittlung der betroffenen Kinder von der unteren Ausländerbehörde zum Jugendamt rechtswidrig ist, war der Antrag noch einmal in den Unterausschuss Planung zur Beratung zurücküberwiesen worden. Geklärt werden sollte, wie das Kindeswohl durch das Jugendamt gesichert werden kann, wenn beispielsweise nachts die Landespolizei im Auftrag der Landesdirektion in Chemnitz Familien aus ihren Wohnungen holt, um sie zum Flughafen zu bringen. Der Jugendhilfeausschuss entschied sich für eine weniger verpflichtende Variante. So sollen Menschen, die Kindeswohlgefährdungen bei geflüchteten Minderjährigen beobachten, das Jugendamt informieren. Es sollen keine Abschiebungen bei Nacht erfolgen und der Oberbürgermeister soll auf die Ausländerbehörde einwirken, dass diese mit dem Jugendamt zusammenarbeitet. Außerdem wurde das Jugendamt beauftragt, bis Ende 2018 ein Verfahren zur Prüfung auf mögliche Verletzung des Kindeswohls bei Abschiebung zu entwickeln.

Im Anschluss wurde beraten, ein trägerübergreifendes System zur Anmeldung, Platzvergabe und Beitragserhebung in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege („E-Kita 2.0“) (V2153/18) einzuführen. Das derzeit bei der Landeshauptstadt Dresden eingesetzte System besteht aus drei Teilen: dem „Elternportal“, dem „Kitaportal“ und der Fachanwendung „ProKita“. Die Anmeldung der Kinder für einen Betreuungsplatz erfolgt seit September 2013 über das Elternportal. Die Platzvermittlung, auch zu Einrichtungen von freien Trägern und zur Kindertagespflege, übernimmt das Kitaportal. Mit „ProKita“ werden die Vertragsdaten für die Verwaltung und Beitragserhebung der kommunalen Kitas administriert. Nun soll eine Softwarelösung gefunden werden, die Platzvergabe, Platzverwaltung, Beitragserhebung und Personalplanung als Gesamtprozess vereint.

Eine Ergänzung der bestehenden Systeme erscheint aus technischer Sicht nicht sinnvoll. Der Jugendhilfeausschuss sprach sich für ein am Markt etabliertes System aus. Entscheiden wird jedoch der Stadtrat.

Die Vorlage Fortschreibung Fachplan Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für das Schuljahr 2018/2019 (V2155/18) wurde mehrheitlich beschlossen. Der Bedarf an Kindertagesbetreuungsplätzen wurde auf Basis der Bevölkerungsprognose vom Oktober 2017 der Kommunalen Statistikstelle und auf Grundlage der ermittelten Nachfragequoten erhoben und in die Planungsfortschreibung aufgenommen.

Die Vorlage Förderung von Trägern der freien Jugendhilfe 2018 – Weiterführung des Projektes „Familienklassenzimmer“ an der 139. Grundschule (V2089/17) wurde ausführlich diskutiert. Die Unteraus-schüsse hatte die Vorlage abgelehnt. Bildungsbürgermeister Hartmut Vorjohann bat die Ausschussmit-glieder, dieses für die Schüler und ihre Familien wichtige Projekt bis Ende des Jahres aus dem Aus-gleichs- und Konkretisierungsfonds zu finanzieren. Mehrere Ausschussmitglieder lehnten die Finanzia- rung aus dem Fördertopf ab und sprachen sich dagegen aus, auch wenn sie das Projekt lobten. Der Ju- gendhilfeausschuss beschloss letztendlich, die finanziellen Mittel aus der Förderung der freien Träger in den Bereich Hilfen zur Erziehung zu übertragen und beauftragte das Jugendamt, ein geeignetes Finan- zierungsmodell zu erarbeiten.

In einer ersten Lesung wurde die Vorlage Aufnahme der Kindertageseinrichtung Hort an der 153. Grund- schule, Fröbelstraße 1 bis 3, in Dresden-Löbtau in den Bedarfsplan Kindertageseinrichtungen und Kin- dertagespflege 2018/19 und Betreuung durch den Träger Arbeiter-Samariter-Bund Dresden & Kamenz gGmbH (V2428/18) vorgestellt. Die Entscheidung darüber wird zu einem späteren Zeitraum getroffen.

Danach stellte der Sachgebietsleiter der Jugendhilfeplanung das Konzept Schulabsentismus (V2489/18) in einer ersten Lesung vor. Das Konzept, welches in Abstimmung mit dem Landesamt für Schule und Bildung, dem Schulverwaltungsamt und Trägern der freien Jugendhilfe erarbeitet wurde, beschreibt Ziele, Maßnahmen und Umsetzungsvorschläge für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, die von Schulabsentismus bedroht oder betroffen sind. Betont wurde, dass das Konzept für junge Menschen bis 18 Jahre gilt, die der Schulpflicht unterliegen und somit nicht die Straßenschule umfasst, die junge Er- wachsene besuchen. Die Jugendhilfeplanung regt mit diesem Konzept an, die Schulsozialarbeit auch auf die Berufsschulen zu erweitern.

Danach beschloss der Jugendhilfeausschuss, dass die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung gemeinnützi- ge GmbH (DKJS) ab September 2018 die Beratungsstelle für Eltern, deren Kinder Angebote der Kinderta- gesbetreuung wahrnehmen, betreiben soll und stellte mit dem Beschluss der Fördervorlage (V2318/18) die dafür benötigten Gelder bereit.

Danach beschloss der Ausschuss die Vorlage Vergabe Zuschüsse für bewegliche Sachen des Anlagever- mögens und für bauliche Maßnahmen im Jahr 2018 an Träger der freien Jugendhilfe von Kindertagesein- richtungen (V2296/18). Analog der Vorjahre ist die Vergabe anhand nachgewiesener Notwendigkeit und Dringlichkeit der Anträge erfolgt. Neun Kindertageseinrichtungen, die saniert oder neu errichtet wur- den, bekommen finanzielle Mittel für die Ausstattung. Darüber hinaus sollen die zur Verfügung stehen- den Mittel vorrangig für den Erhalt von Betriebserlaubnissen eingesetzt werden. Eine genaue Liste be- findet sich im Anhang der Vorlage (V2296/18).

Mit der Vorlage Förderung von Trägern der freien Jugendhilfe – Bauliche Maßnahmen bzw. Erhaltungs- maßnahmen 2018 (V2402/18) wurde über die Bedarfsanzeigen der Träger der freien Jugendhilfe ent- schieden. Für bauliche Maßnahmen bzw. Erhaltungsmaßnahmen stehen 2017/18 insgesamt 200 000 Euro zur Verfügung. Der Jugendhilfeausschuss befürwortete rund 193 500 Euro.

Anschließend beschloss der Jugendhilfeausschuss die Vorlage Förderung von Trägern der freien Jugend- hilfe 2018 – Straßenschule des Treberhilfe Dresden e. V. (V2540/18). Vom 1. September bis 31. Dezem- ber 2018 erhält der Verein 43 297 Euro für Personalkosten und 10 328 Euro für Sachkosten. Der Sozial- ausschuss hatte mit der Vorlage V2539/18 bereits zugestimmt, dass finanzielle Mittel aus dem Sozialamt

an das Jugendamt für den Erhalt der Straßenschule des Treberhilfe Dresden e. V. übertragen werden. Aus dem Geschäftsbereich Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wohnen wurden Mittel in Höhe von 53 625 Euro für den Erhalt der Straßenschule im Haushaltsjahr 2018 bereitgestellt.

Danach stand die Vorlage Kindertreff im Stadtraum 5 Pieschen – Kaditz, Mickten, Trachau (V2384/18) auf der Tagesordnung. In diesem Stadtraum war ein höherer Bedarf an sozialpädagogischen Fachkräften festgestellt worden. Auf das als Interessenbekundungsverfahren ausgeschriebene Angebot Kindertreff im Stadtraum 5 hatte sich der Träger der freien Jugendhilfe Evangelisch-Lutherische Laurentiuskirchgemeinde beworben. Der Ausschuss beschloss, dass dessen bereits bestehendes Angebot JiL – Jung in Laurentius, Homiliusstraße 15, mit einer halben Personalstelle erweitert werden soll.

Auch die Vorlage (V2204/18) des Amtes für Kindertagesbetreuung fand Zustimmung im Jugendhilfeausschuss, wird jedoch erst im Stadtrat entschieden. Die Kindertageseinrichtung im Hinterhaus Bischofsweg 28 soll in den Bedarfsplan Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege 2018/2019 aufgenommen und durch den freien Träger LebensBild gGmbH betrieben werden. Der bisherige Träger Knirpse hatte einen Antrag zur Aufnahme in den Bedarfsplan und auf Übertragung der Betriebsträgerschaft an einen anderen freien Träger gestellt.

Die Mitglieder der Unterausschüsse (UA) berichteten von den letzten Sitzungen:

- UA-Planung behandelte die aktuellen Vorlagen und Anträge.
- UA-Förderung beschäftigte sich mit den aktuellen Vorlagen.
- UA-HzE tagte nicht.
- UA-Kita behandelte die aktuellen Vorlagen.

Die letzten zwei Tagesordnungspunkte fanden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses findet am 27. September 2018, 18 Uhr, im Festsaal des Neuen Rathauses statt.

Hinweis: Alle Informationen zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses erfolgen unter dem Vorbehalt der Erlangung der Rechtskraft gefasster Beschlüsse.

Quelle: S. H. (SB PR/JHA, LHD, Jugendamt)